



NR° 2  
Mai 2015

# AKZENTE.

Aktuelle Informationen der Evangelischen Volkspartei



## KLARES SIGNAL GEGEN DIE SELEKTION VON MENSCHEN

Mit 82 zu 9 Stimmen setzte die EVP an ihrer Delegiertenversammlung vom 28. März ein deutliches Signal gegen die gezielte Selektion ungeborenen Lebens. Das klare NEIN galt sowohl der geplanten Verfassungsänderung vom 14. Juni als auch der Präimplantationsdiagnostik (PID), die dadurch ermöglicht werden soll.

**W**ir wollen kein Gesetz, das die Selektion von ungeborenem Leben erlaubt und fördert!> Parteipräsidentin Marianne Streiff-Feller machte deutlich, dass die EVP bereits die Verfassungsänderung vom 14. Juni entschieden bekämpfen wird. Ein neu überarbeitetes Fortpflanzungsmedizin-gesetz soll die genetische Untersuchung von Embryonen, deren Auswahl via Präimplantationsdiagnostik (PID) sowie deren Einfrieren erlauben. Die Verfassungsänderung am 14. Juni will dieses Gesetz ermöglichen. Wenn Volk und Stände Nein zur Verfassungsänderung sagen, tritt das Gesetz gar nicht erst in Kraft – oder es muss im Anschluss das Referendum ergriffen werden. Die Gründe für den entschiedenen Widerstand der EVP basieren für Marianne Streiff auf den Lebenswerten der Partei: Verfassungsänderung und PID öffnen das Tor für die gezielte Selektion zwischen «lebenswertem» und «lebensunwertem» Leben im Labor. Kinder mit Trisomie 21 (Down-Syndrom) würden künftig ausselektiert und vernichtet. Weitere Liberalisierungsschritte

hin zu einer grenzenlosen Fortpflanzungsmedizin stehen politisch bereits zur Diskussion, zum Beispiel «Retterbabys», Eizell- oder Embryonenspende.

Menschen mit einer Behinderung werden durch die PID als «unerwünschte und vermeidbare Lasten» gebrandmarkt. Leistungsverweigerungen der Sozialversicherungen und Krankenkassen könnten die Folge sein. Marianne Streiff plädierte leidenschaftlich gegen eine Gesellschaft, in der das Recht auf Leben abhängig von Gesundheit oder Leistungsfähigkeit ist: «Jeder von uns kann un-selbständig, schwer krank oder behindert werden, mit oder ohne genetische Vorbelastung.»

VON DIRK MEISEL, LEITER KOMMUNIKATION EVP  
[dirk.meisel@evppev.ch](mailto:dirk.meisel@evppev.ch)

MEHR INFOS AUF  
[WWW.NEIN-ZUR-PID.CH](http://WWW.NEIN-ZUR-PID.CH)

### WAHRE FAKTEN

3

Die Gegner der Erbschaftssteuerreform streuen Falschinformationen. Hier die Fakten.

### KLARES PROFIL

8



Nachhaltigkeit, Gerechtigkeit, Menschenwürde – die EVP bleibt sich und ihren Werten auch im Wahljahr 2015 treu.

### POSITIVE SIGNALE

7

Die Zürcher EVP setzte bei den Kantonsratswahlen positive Signale für nationalen Wahlen im Herbst.

## EDITORIAL

Liebe Leserin, lieber Leser



Ende April 2015 reiste ich mit einer kleinen Delegation der Parl. Gruppe Schweiz-Armenien nach Jerewan an die weltweite Konferenz «Gegen das Verbrechen des Genozids». Zur bewegenden Gedenkfeier waren Vertreter der gesetzgebenden Behörden und spirituelle Führer aus verschiedenen Ländern angereist. 1915 kamen zwischen

800'000 und 1'500 000 christliche Armenierinnen und Armenier, darunter viele Kinder, grausam ums Leben. «Es obliegt nicht Politikern, historische Geschehnisse zu bewerten», leugnen seither türkische Spitzenpolitiker den Genozid. Mit dem deutschen Politiker Wolfgang Benz entgegne ich: Politiker müssen historische Geschehnisse tatsächlich nicht bewerten. Sie sollten aber die Ergebnisse der historischen Forschungen zur Kenntnis nehmen und danach handeln.

Die jüngere Geschichte Anatoliens lehrt uns leider noch eine weitere dramatische Entwicklung. Lag der Anteil der christlichen Bevölkerung in der Türkei vor 100 Jahren bei rund 25 Prozent, sind es heute noch gerade 0,2 Prozent. Was in anderen Ursprungsländern des Christentums abläuft, entnehmen wir schockiert immer wieder aus den Medien. Mit einer Interpellation vom März 2012 forderte ich vom Bundesrat klare Antworten auf 10 Fragen zu seinen Möglichkeiten, sich stärker für Menschenrechte und Religionsfreiheit in Ländern des Nahen und Mittleren Ostens einzusetzen. In seiner Antwort stellte er fest, dass die beiden Themen in der schweizerischen Menschenrechtspolitik prioritär seien und sich die Schweiz auch entsprechend engagiere. Aber auch in unserem Land müssen wir uns einsetzen, damit wir als Christen nicht immer mehr Land preisgeben. Danke, dass Sie dafür einstehen und auch gerade im Wahljahr mit unseren drei Wahlthemen «Menschenwürde, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit» die EVP spürbar vertreten.

Ihre

*Marianne Streiff*

Marianne Streiff  
Präsidentin der EVP Schweiz

Anzeige



**Die auf den Herrn  
hoffen, gewinnen  
neue Kraft.**

Die Bibel: Jesaja 40,31

Agentur C®

## PAROLEN

Beschlossen von der Delegiertenversammlung bzw. bestätigt vom Zentralvorstand vom 28. März 2015 in Zürich für die Volksabstimmung vom 14. Juni 2015.



**ÄNDERUNG DER VERFASSUNGSBESTIMMUNG ZUR FORTPFLANZUNGSMEDIZIN**

**NEIN**



**ÄNDERUNG DES BUNDESGESETZES ÜBER RADIO UND FERNSEHEN**

**JA**



**STIPENDIENINITIATIVE**

**JA**



**INITIATIVE «MILLIONENERBSCHAFTEN BESTEUERN FÜR UNSERE AHV»**

**JA**

## ORIGINALTON



Tweet von Ruedi Löffel, EVP-Grossrat

**«Wer nicht wahrhaben will, wohin #PID führt, ist entweder blind, naiv oder gesponsert... #Designerbabys #PIDNein»**

@ruediloeffel, 23. April 2015

Ruedi Löffel zur Nachricht, chinesische Forscher hätten die DNA eines menschlichen Embryos künstlich manipuliert.



Interview von Claude Longchamp, Politologe

**«Claude Longchamp, was hat Sie am Ausgang der Baselbieter Wahlen am meisten überrascht? Claude Longchamp: Die EVP.»**

bz nordwestschweiz basel vom 10. Februar 2015

und weiter: «... die EVP hängt keine Plakate auf, konzentrierte sich stattdessen auf die sozialen Medien und persönliche Gespräche – und konnte so als Kleinpartei fast 300 Stimmen dazugewinnen. Ich kann mich nicht erinnern, dass ich so etwas je schon gesehen hätte.»

## EVP AUF SOCIAL MEDIA



[www.facebook.com/evppev](http://www.facebook.com/evppev)



@evppev

# 90 PROZENT DER KMU ZAHLEN KEINE ERBSCHAFTSSTEUER

Die Gegner der Erbschaftssteuerreform schiessen scharf und schrecken auch vor bewussten Fehlinformationen nicht zurück. Markus Wenger gibt im Interview mit Fakten Gegensteuer. Und die zeigen: Die Initiative geht sehr verantwortungsvoll mit KMU und Familien um.



Markus Wenger, 58, wohnhaft in Spiez, Miteigentümer des Familienunternehmens Fenster Wenger AG, verheiratet, Vater von 3 erwachsenen Kindern

**Herr Wenger, weshalb engagieren ausgerechnet Sie als selbständiger Unternehmer sich für die Erbschaftssteuerreform?**

Die Sicherung der AHV liegt mir am Herzen. Mit den Einnahmen aus der Erbschaftssteuer können wir einen Teil der Altersentwicklung finanziell auffangen. Fast alle anderen Alternativen verursachen höhere Produktionskosten und sind darum für uns «Gwärtler» schädlich.

**Die Reformgegner behaupten aber vehement, es handele sich um eine unternehmerfeindliche «KMU-Steuer», die diese finanziell stark belastet und das Lebenswerk vieler KMU-Besitzer gefährdet.** Durch die grosszügige Freigrenze von 50 Millionen ist die Übergabe an die nächste Generation nicht gefährdet. Diese Absicht der Initianten wird jedoch von den Gegnern meist bewusst verschwiegen. Über

90 Prozent der KMU-Familien besitzen ein Vermögen unter 50 Millionen und würden somit gar keine Erbschaftssteuer zahlen.

**Erschwert die Erbschaftssteuer nicht die Nachfolgeregelung bei Ihnen im Familienunternehmen, indem sie beim Übergang auf die nächste Generation Gelder für Investitionen und Arbeitsplätze blockiert?**

Nein. Wenn zum Beispiel unser Betrieb mit 135 Mitarbeitern von meiner Familie weitergeführt wird, schulden wir gar keine Erbschaftssteuer. Wird das Unternehmen verkauft, kommt es stark auf den Verkaufspreis je nach wirtschaftlicher Lage an.

**Also ist die Steuer gar kein KMU-Killer, der das Weiterführen von Betrieben erschwert?**

Im Gegenteil, wer verkauft wird unter Umständen steuerpflichtig. Weiterführen wird bevorzugt behandelt.

**Gewerbe und Industrie haben ihr Geld im Maschinenpark und in den Liegenschaften. Hoteliers oder Schreiner müssten sich teuer verschulden, um die Erbschaftssteuer zu bezahlen.**

Betrachtet man allein das Betriebskapital, wird es in diesen Branchen nur sehr wenig Betriebe mit einem Nettovermögen von über 50 Millionen

geben. Ein Betrieb mit einem Nettovermögen von 100 Millionen hätte eine Steuerlast von 2.5 Millionen oder 2.5 Prozent zu tragen. Das sollte keine Existenzängste hervorrufen.

«Die Sicherung der AHV liegt mir am Herzen. Mit den Einnahmen aus der Erbschaftssteuer können wir einen Teil der Altersentwicklung finanziell auffangen.»

**Neulich schrieb ein Familienvater empört, diese Initiative richte sich voll gegen Familien und die EVP solle sich dafür schämen. Erbschaften an die eigenen Kinder zu besteuern, ist das nicht ungerecht und familienfeindlich?** Mit der zwei Millionen Freigrenze wird ein schöner Besitz verschont. Als Eltern können wir unseren Kindern im Übrigen mehr vererben als die Probleme mit und die Ängste ums Geld.

**Werden wir auch hier konkret: Wenn der Nachlass 3 Millionen beträgt – also mehr als zwei Millionen – müssen dann die erbberechtigten Kinder erst einmal 200 000 Franken als Erbschaftssteuer an den Staat abgeben. Richtig?**

Falsch! Eltern vererben den Besitz in zwei Erbgingen an die Kinder und die Erben in diesem Beispiel sind somit steuerfrei.

**Bestraft die Erbschaftssteuer nicht alle Sparerinnen und Sparer? Das vererbte Geld**

**wurde doch bereits zu Lebzeiten als Einkommen und jedes Jahr als angespartes Vermögen versteuert? Soll der Staat nach dem Tod noch ein drittes Mal zugreifen und nochmals 20 Prozent erhalten?**

Das Vermögen kann aus sehr unterschiedlichen Quellen stammen. Oft sind jedoch ein Teil Vermögensgewinne. Diese wurden nie als

Einkommen besteuert, auch die AHV ging leer aus. Der Einwand der Mehrfachbesteuerung ist oft nicht zutreffend.



Das Sujet der Kampagne macht mehr als deutlich, worum es geht: Gerechtigkeit.

**INTERVIEW: DIRK MEISEL LEITER KOMMUNIKATION EVP**  
dirk.meisel@evppev.ch

**ALLE FAKTEN, INFOS UND WERBEMATERIAL AUF WWW.ERBSCHAFTSSTEUERREFORM.CH**



Christsein stört. Wer sich kritisch zu Abtreibung, Ehe für alle oder Pränataldiagnostik äussert, steht schnell mal am Fundamentalistenpranger. Karikaturen verschonen längst weder Gottessohn noch Kirche. Kürzlich strich der Bund sämtliche Fördergelder für christliche Jugendarbeit. Wie reagieren wir Christen auf diese Diskriminierung? Keine Demonstration, kaum Mobilisation, selten mal ein Aufschrei. Oder «keine Ecken, keine Kanten, kein Profil», wie ein alter Freund neulich stöhnte. Nur still leidende Lethargie. Gehört ja alles schon zur vorhergesagten Endzeitverfolgung, wie eine Kollegin beim Mittagessen analysierte. Wie bitte? Wenn wir schon stören, dann aber bitte richtig! Mit lauter, mutiger Stimme. Und die hat jeder von uns. Egal, ob in der Waschküche, in der Beiz oder an der Bushaltestelle. Egal, ob in Leserrubriken, auf Facebook oder Twitter. Ein Bild wird schärfer, je mehr Pixel es hat. Das Profil einer Partei ebenso. Und das übrigens nicht nur im Wahljahr, dann aber erst recht. Wenn jedes Parteimitglied täglich nur ein mutiges Wort, einen Tweet oder Post absetzt, dann wären das wöchentlich beinahe 30 000, im Monat 120 000, ... – ups, jetzt gerate ich ins Schwärmen. Aber eben: Wenn wir schon stören, dann bitte richtig!

VON DIRK MEISEL  
LEITER KOMMUNIKATION EVP  
dirk.meisel@evppev.ch

## FÜR EIN MODERNES TV-GESETZ UND GLEICHE AUSBILDUNGSCHANCEN

An ihrer Delegiertenversammlung vom 28. März 2015 in Zürich hat sich die EVP Schweiz klar für ein zeitgemässes Radio- und TV-Gesetz ausgesprochen. Nach intensiver Diskussion fassten die Delegierten zudem die Ja-Parole für die Stipendieninitiative.

**E**VP-Nationalrätin Maja Ingold nannte die Gründe: Aus Sicht der EVP ist das Gesetz veraltet und sein Gebührensystem ungerecht. Ausser mit den gebührenpflichtigen Empfangsgeräten Radio und Fernsehen kann heute über viele andere Endgeräte schwarz gehört und gesehen werden. Die Revision des Gesetzes schafft Klarheit darüber, wer gebührenpflichtig ist. Sie

«Auch wer keine Medien nutzt, profitiert vom Funktionieren der direkten Demokratie.»

reduziert für Privathaushalte und Dreiviertel der kleinen und mittleren Unternehmen die Gebührenlast und sieht Ausnahmen beispielsweise für Altersheimbewohner oder Bezüger und Bezügerinnen von Ergänzungsleistungen vor. Medien, so Maja Ingold, seien wichtig für den Zusammenhalt und trügen zur Stabilität des Landes bei. „Auch wer keine Medien nutzt, profitiert vom Funktionieren der direkten Demokratie“, begründete sie, weshalb auch Medienabstimmungen in die Gebührenpflicht genommen werden müssten. Die Delegierten fassten mit 65 Ja zu 18 Nein-Stimmen bei fünf Enthaltungen die Ja-Parole zur Änderung des Bundesgesetzes über Radio und Fernsehen. Mitinitiantin Elena Obreschkow warb bei den Delegierten mit Erfolg für eine Annahme der Stipendieninitiative. In der

Diskussion forderten die Delegierten gleiche Chancen für alle Studierenden, unabhängig von ihrem finanziellen Hintergrund und ihrem Wohnort Zugang zu höheren Ausbildungen zu erhalten. Der Gegenvorschlag mit seinem Lösungsansatz des Konkordats garantiert aus Sicht der Diskutanten keine Vereinheitlichung der Stipendienvergabe in den Kantonen. Viele Studiengänge seien heute zudem so zeitintensiv geworden, dass man daneben keiner

Erwerbstätigkeit mehr nachgehen könne. Mit 50 Ja zu 42 Nein Stimmen bei 2 Enthaltungen sprachen sich die Delegierten nach dieser Diskussion für die Stipendieninitiative aus.

VON DIRK MEISEL  
LEITER KOMMUNIKATION EVP  
dirk.meisel@evppev.ch

BERICHT AUF  
WWW.EVPEV.CH



Maja Ingold, EVP-Nationalrätin (ZH) an der DV in Zürich.

Foto: David Blatter

Anzeige



**Helfen und Sinn stiften**

Ihr Legat oder Ihre Spende helfen, dass wir unsere Arbeit unter den Ärmsten weiterhin tun können. Verlangen Sie unseren Testaments-Ratgeber.

Hohlstrasse 192, 8004 Zürich, Tel. 043 336 50 80  
www.swsieber.ch, info@swsieber.ch, Spendenkonto 80-40115-7



**Sozialwerke Pfarrer Sieber**  
auffangen – betreuen – weiterhelfen

# KOMPROMISSE IN SACHEN ZWEITWOHNUNGEN UND AUSSCHAFFUNG

Die diesjährige Frühjahrsession erlebte die Räte konsensfreudig. Im letzten Augenblick verhalf ein Kompromiss der Zweitwohnungsinitiative zum Durchbruch. Die Räte einigten sich auf die Umsetzung der Ausschaffungsinitiative und der Nationalrat verabschiedete das Transplantationsgesetz einstimmig.

Die EVP-Nationalrätinnen begrüßten den Kompromissvorschlag zur Zweitwohnungsinitiative. Er unterbindet den Neubau von Wohnungen, die auf einer Internet-Vertriebsplattform ausgeschrieben, also „touristisch bewirtschaftet“ würden. Damit kann der Zweitwohnungsanteil einer Gemeinde nicht durch eine Umdefinition von Zweitwohnungen unterwandert werden. Der Entschcheid schliesst damit das schlimmste Schlupfloch für Ausnahmen und wird so dem Geist der Initiative gerecht: die Zersiedelung der Landschaft einzudämmen. Fast fünf Jahre nach Annahme der Ausschaffungsinitiative hat sich das Parlament auf eine rechtsstaatlich verträgliche Umsetzung geeinigt. Die Initiative hatte im Widerspruch zur verfassungsrechtlich garantierten Verhältnismässigkeit sowie den Bestimmungen der Europäischen Menschenrechtskonvention gestanden. Kern der Vorlage der ständerätlichen



Die EVP-Nationalrätinnen Maja Ingold, ZH und Marianne Streiff-Feller, BE

Kommission war eine Härtefallklausel, die es dem Gericht ermöglicht, von einer Landesverweisung im Einzelfall abzusehen, wenn diese für den Ausländer einen schweren persönlichen Härtefall bedeuten würde. Der Grundsatz der automatischen Ausschaffung bleibt gewahrt, die Härtefallklausel verhindert jedoch die grössten Verletzungen rechtsstaatlicher Prinzipien.

Die beschlossenen Änderungen im Transplantationsgesetz schreiben fest, wann und unter welchen Bedingungen eine Organentnahme vorbereitet

werden kann und wie die Angehörigen einbezogen werden müssen. Den EVP-Nationalrätinnen war wichtig, dass das revidierte Gesetz Würde und Integrität des Spenders absolut gewährleistet. Der Nationalrat konnte es mit 164:0 Stimmen einstimmig verabschieden.

VON MARIANNE STREIFF  
marianne.streiff@parl.ch

VON MAJA INGOLD  
maja.ingold@parl.ch

 [WWW.EVPEV.CH/SESSIONSBERICHTE](http://WWW.EVPEV.CH/SESSIONSBERICHTE)

## IMPRESSUM

akzente: Publikationsorgan der Evangelischen Volkspartei der Schweiz (EVP)

Das Abonnement läuft ein Jahr und wird automatisch erneuert, wenn es nicht zwei Monate vor Ablauf gekündigt wird. CHF 15.- / Jahr

Herausgeber: EVP Schweiz, PF 294, 3000 Bern 7, 031 351 71 71, info@evppev.ch, www.evppev.ch

Grafik und Redaktion: Dirk Meisel (dm)

Adressen und Aboverwaltung: Werner Rieder

An dieser Ausgabe haben mitgearbeitet:

Joel Blunier, Maja Ingold, Lisette Müller (lm), Thomas Schäfli (ts), Marianne Streiff, Mathias Steinhauer, Ellen Tedaldi (Korrektorat)

Druck und Vertrieb: Jordi AG, Belp

Copyright: Wiedergabe mit Genehmigung der EVP gestattet

ClimatePartner  
klimaneutral

Druck | ID: 53458-1410-1071

## VORSTÖSSE



Motion von Maja Ingold

### Schmerzhafter Abstimmungskrimi

Triumph und Begeisterung: EVP-Nationalrätin Maja Ingold spendierte für einmal Champagner. Nach tagelangem intensiven Lobbying hatte soeben der Nationalrat mit dem Stichentscheid des Präsidenten ihre Motion für mehr Konzernverantwortung um Haaresbreite angenommen. Eine Stunde später verwandelte ein Rückkommensantrag den Sieg in eine schmerzhaft Niederlage. Die Motion wollte den Bundesrat beauftragen, eine Sorgfaltsprüfungspflicht für global tätige Unternehmen in Sachen Menschen- und Umweltrechten gemäss UNO-Leitlinien vorzuschlagen. In zahlreichen Ländern bereits Gesetz, kennt die Schweiz keine Regelung – und läuft zunehmend Gefahr, ihren Ruf zu schädigen.

Postulat von Marianne Streiff

### Mehr Rechte für Engelskinder

Angenommen wurde hingegen das Postulat von Nationalrätin Marianne Streiff zur „Verbesserung der Rechtslage für Totgeborene“. Der Bundesrat wird damit beauftragt, die Möglichkeiten zu prüfen, wie die Rechtslage für die bisher von der Zivilstandsverordnung ausgeschlossenen totgeborenen Kinder und ihrer Eltern verbessert werden kann.

## TERMINE 2015

14. JUNI Eidgenössische Volksabstimmung

19. JUNI 7. KMU-Forum (Langnau i.E.)

20. JUNI Kandidierendenschulung NRW 2015 (Winterthur)

27. JUNI Kandidierendenschulung NRW 2015 (Bern)

5. SEPTEMBER Wahl-DV und Wahl-Event für alle

## EVP IN AKTION

### Gut gerüstet in die Nationalratswahlen



Foto: David Blatter

(dm) Am 14. März sind EVP-Engagierte aus der ganzen Schweiz im Bundeshaus zum diesjährigen Kadertag der EVP zusammengekommen. Ein spannender Tag mit Themen wie Präimplantationsdiagnostik (PID), Erbschaftssteuerreform und Wahlstrategie rüstete sie aus für die anstehenden Abstimmungs- und Wahlkampagnen.

 **TAGUNGSBERICHT AUF**  
**WWW.EVPPEV.CH**

### Für gleichen Lohn



Foto: zVg

(lm) Viele EVP-Frauen aus allen Kantonen sind am 8. März am Internationalen Frauentag zum Protestmarsch nach Bern gereist. Zusammen mit rund 12'000 Frauen aller Lager demonstrierten sie für die Gleichstellung der Frau bei den Löhnen. Denn diese liegen heute noch immer rund 20 Prozent niedriger als die der Männer. 7,7 Milliarden fehlen dadurch jährlich im Portemonnaie der Frauen und späteren Rentnerinnen sowie deren Familien. «Gleichstellung ja – aber konsequent», lautete die Forderung.

## WAHLEN KANTON BASELSTADT



# LIEBER ZUHÖREN STATT MIT PLAKATEN ZUKLEBEN

**D**en mutigen Verzicht der Baselbieter EVP auf jegliche Plakate im kantonalen Wahlkampf belohnten die Stimmbürger am 8. Februar 2015: Die EVP Baselstadt konnte ihre vier Sitze im Kantonsparlament halten. Für einen fünften Sitz und die damit angestrebte Fraktionsstärke reichte es jedoch nicht ganz. Aber sie erkämpfte gegenüber 2011 neun Prozent mehr Stimmen und steigerte ihren Wähleranteil um 0,6 auf stolze 5,4 Prozent. Fast überall konnte die EVP zulegen. Die EVP ist vielerorts zur fünftstärksten Kraft im Baselbiet geworden. «Wir haben bewiesen, dass



Fotos: zVg

In den Landrat gewählt wurden Sara Fritz, Birsfelden (bisher), Elisabeth Augstburger, Liestal (bisher) und Alain Tüscher, Allschwil (bisher) sowie Andrea Heger, Hölstein.

dies möglich ist, ohne die Landschaft mit Plakaten zu dekorieren», freut sich Parteipräsident Urs von Bidders über das sehr gute Resultat. Statt auf Plakate hatten die Baselbieter ganz auf persönliche Begegnung, Dialog und Zuhören, Social Media und unkonventionelle Aktionen wie Nacht-und-Nebel-Müt-

zen-Aktion, Wunschbücher oder Joggingläufe durch den eigenen Wahlkreis gesetzt. «Wir dürfen uns auf unsere treuen Wählerinnen und Wähler verlassen und danken ihnen herzlich», so von Bidders Fazit. (dm)

 **MEHR INFOS AUF**  
**WWW.EVP-BL.CH**

## WAHLEN KANTON APPENZEL-AUSSERRHODEN



# PANASCHIEREN VERHINDERTE EINEN ZUSÄTZLICHEN SITZ

**B**ei den Kantonsratswahlen in Appenzel-Ausserrhoden vom 12. April legte die EVP knapp 0,4 Prozent auf 9,13 Prozent Wähleranteil zu. Trotz recht guter Ausgangslage – 18 neu zu verteilende Kantonsratssitze, vier mögliche zusätzliche Mandate – wurde das erhoffte Wahlziel knapp verfehlt: Das gute Resultat liess sich leider nicht in einen zweiten Sitzgewinn ummünzen. Am Ende fehlten der Listenverbindung zwischen CVP und EVP 215 Stimmen (0,4 Prozent der Stimmen oder 12 Listen). «Offenbar konnten wir unseren Wählerinnen und Wählern nicht genügend klar machen, dass das Panaschieren der Kandidierenden anderer Parteien schluss-

endlich der EVP schadet», resümiert Co-Präsident Mathias Steinhauer. «Es lässt sich nicht schönreden. Die gute Ausgangslage mit vier zusätzlichen Mandaten für den Kantonsrat konnte nicht genutzt werden», zieht Steinhauer Bilanz. Wiedergewählt wurde Kantonsrat Balz Ruprecht (Bild rechts).

**VON MATHIAS STEINHAUER**  
**CO-PRÄSIDENT EVP AR**  
mathias.steinhauer@evp-ar.ch



Foto: zVg

Anzeige



*fachlich fundiert -  
zeitlich flexibel*

**MARTIN BUCER SEMINAR**  
Reformatorsche Theologie heute [www.bucer.ch](http://www.bucer.ch)



Theologie  
mit Schwerpunkt  
Seelsorge studieren



## «ENORMER EINSATZ, SUPER WAHLRESULTAT»

Wahltag ist Zahltag!>> Dieses Bonmot machte bei den Zürcher Kantons- und Regierungsratswahlen vom 12. April unter den Parteien die Runde. Und die EVP Kanton Zürich hatte allen Grund, sich bei ihren Wählern für einen guten Zahltag zu bedanken: Sie gewann 0,5 Prozent Wähleranteil hinzu und konnte die Zahl ihrer Sitze im Kantonsrat von 7 auf 8 ausbauen. Wiedergewählt wurden Gerhard Fischer, Bärenswil, Nik Gugger, Winterthur, Peter Reinhard, Kloten, Markus Schaaf, Zell/Rämismühle, Walter Schoch, Bauma, Johannes Zollinger, Wädenswil. Neu ziehen ins



Fotos: zVg, Johannes Dietschi

Der enorme Einsatz im Wahlkampf auf allen Ebenen hat sich gelohnt: Die Zürcher EVP legte 0,5 Prozentpunkte zu und gewann einen Sitz im Kantonsrat hinzu.

Anzeige

# AMAZING PRAISE NIGHT

**6. Juni 2015**  
19.30 Uhr  
**St.Gallen**  
OLMA-Halle 9

- **Edwin Hawkins (USA)** Gospel
- **Brian Doerksen & The Shiyr Poets (CAN)** Inspirational Folk Rock
- **Trinity (NL)** Latin Folk Pop
- **CMVS Staff Band (CH)** Brass

**Edwin Hawkins (USA)**

Brass  
Gospel · Vokal  
Hip Hop · Rap  
Pop · Rock · Jazz  
Klassik · Volksmusik

Zwei Tage  
voller Musik für  
alle!

## CHRISTLICHE MUSIKTAGE

**6.-7. JUNI 2015**  
**OLMA-AREAL**  
**ST. GALLEN**

**Infos & Tickets:**  
[www.christliche-musiktage.ch](http://www.christliche-musiktage.ch)  
Im Langen 15 · 8416 Flaach · info@chmt15.ch · 052 305 30 29

Kantonsparlament ein: Daniel Sommer, Affoltern a.A. und Walter Meier, Uster. In Pfäffikon holte die EVP 8,3 Prozent, in Affoltern sogar stolze 8,7 Prozent. Dies alles nicht ohne Grund: «Die Arbeitsleistung der Partei ist enorm», anerkannte Geschäftsführer Peter Reinhard. Leider bleiben auf dem Zürcher Stadtboden die Früchte dieses Engagements aus. Hier ist die EVP zurzeit in keinem politischen Gremium vertreten. Wählerrekord hingegen in Winterthur. Dort konnte die EVP ihren Wähleranteil um 2,3 auf 7,62 Prozent verbessern. 42'623 Stimmen holte denn auch der Winterthurer Nik Gugger bei den Regierungsratswahlen. «Ohne linkes oder rechtes Wahlbündnis ist das für uns ein super Wahlresultat – sogar die BDP konnten wir überholen – notabene eine Bundesratspartei», bilanziert Gugger. (dm)

MEHR INFOS AUF [WWW.EVPZH.CH](http://WWW.EVPZH.CH)

## Wechsel im Aargau



Foto: zVg

Therese Dietiker hat Anfang Jahr den Sitz des langjährigen EVP-Grossrats Roland Bialek im Aargauer Kantonsparlament übernommen. Die verheiratete Sozialarbeiterin und dreifache Mutter politisierte zuvor im Aarauer Einwohnerrat und blickt auf zahlreiche Engagements im sozialen und kirchlichen Bereich zurück. (dm)

## Aus dem Zentralvorstand

Die DV der EVP in Zürich verabschiedete vom 28. März Reto Denoth als Mitglied des Zentralvorstands und dankte ihm für seinen langjährigen Einsatz. Die Anwesenden gedachten zudem ZV-Mitglied Hanspeter Günthart, Zürich ZH, der Anfang Februar unverhofft verstorben war. Bei den Ersatzwahlen wählten die Delegierten Kurt Aeberli, Zürich ZH sowie Samuel Wagnière, Gossau SG für den Rest der Amtsdauer 2012 bis 2016 in den Zentralvorstand. (dm)

## Todesanzeige

Anfang Februar verstarb Hanspeter Günthart, Zürich ZH. Er hatte sich während Jahren unermüdlich für die EVP eingesetzt, als Präsident der Kreisgruppe 7/8, Vorstandsmitglied der EVP Stadt Zürich sowie als Mitglied des Zentralvorstands der EVP Schweiz. Wir wünschen den Familienangehörigen viel Kraft und Gottes Trost.

NR° 2  
Mai 2015

# AKZENTE.

Aktuelle Informationen der Evangelischen Volkspartei



A.Z.B.  
3000 Bern 7



## NATIONALRATSWAHLEN

# AUCH IM WAHLKAMPF BLEIBT SICH DIE EVP SELBER TREU



**N**achhaltig leben - gerecht handeln - Menschen würdigen. Die EVP hat ihre Wahlkampfthemen gesetzt. Und sie füllt sie mit Leben. Zum Beispiel mit der Erbschaftssteuerreform für

eine gerechtere Gesellschaft. Oder an vorderster Front im Kampf gegen die PID und damit für die Würde des ungeborenen Lebens. Die Wahlkampfsujets stehen auf der Website zum Download als Vorlage bereit. Sie

können in unterschiedlichster Form reproduziert werden. (dm)

MEHR INFOS AUF [WWW.EVPPEV.CH](http://WWW.EVPPEV.CH)

#WAHLENCH15

## WAHLEN IN DEN GEMEINDEN

# STABILITÄT IN DEN GEMEINDEN

**8. März:** Bei den Erneuerungswahlen für das Arboner Stadtparlament wurden Roman Buff und Arturo Testa für die EVP in die Legislative wiedergewählt. Überraschung in Kreuzlingen: Bei der Ersatzwahl zog Thomas Beringer bereits im ersten Wahlgang in den Stadtrat ein.  
**9. März:** Im Rahmen der Nachwahl des Seftiger Gemeinderats wurde Sandra Stettler in stiller Wahl in den Rat gewählt.  
**12. April:** In Herisau konnte



Fotos: zVg

Die Gewählten Frauenfelder Gemeinderäte: Michael Hefti, Christian Wälchli (beide bisher), neu: Samuel Kienast (von links)



Foto: zVg

Thomas Beringer, neuer Kreuzlinger Stadtrat

die EVP bei den Einwohnerratswahlen mit einem leicht gesteigerten Wähleranteil von 9,95 Prozent ihre drei Sitze aus eigener Kraft halten. Gewählt wurden Regula Compér, Peter Künzle und David Ruprecht.

**19. April:** Die EVP Genf trat bei den Gemeindewahlen mit fünf Kandidaten in drei Gemeinden an. Nicht überraschend wurde Jürg Löffel für seine zweite Legislaturperiode bestätigt.

**26. April:** Bei den Gemein-

deratswahlen in Frauenfeld erreichte die EVP einen konstanten Wähleranteil von 7,5 Prozent (2011: 7,6) und konnte ihre 3 Sitze halten. Gewählt wurden Michael Hefti, Christian Wälchli und Samuel Kienast. Stabilität auch in Kreuzlingen: Hier konnte die EVP ebenfalls ihre 3 Sitze verteidigen. Gewählt wurden Parlamentsvizepräsident Thomas Leuch, Yvonne Kramer und André Troll (alle bisher). (dm)